

: Kinder- und Jugendarmut beseitigen

Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Dennoch ist ein wachsender Anteil gerade junger Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Dabei ist Armut mehr als materielle Mittellosigkeit, sondern gleichzeitig Ursache und Folge von Bildungsarmut und ein großes Hindernis gesellschaftlicher Teilhabe. Besonders die Jugendarmut ist als eigenständiges Phänomen in einer bedeutsamen Lebensphase mit entscheidenden Umbrüchen zu betrachten.

Armut in Deutschland ist kein neues Phänomen. Auch der empirische Befund, dass Kinder und Jugendliche ungleich häufiger und stärker von Armut und Armutsrisiken betroffen sind als ältere Teile der Bevölkerung, ist seit längerem bekannt. Wie umfangreich und besorgniserregend die Auswirkungen sind, scheint dennoch manchmal aus dem Blick zu geraten.

Dabei ist Armut kein Zufall. Besonders zwei Risikogruppen sind klar erkennbar. Überdurchschnittlich oft betroffen sind zum einen Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit nur einem Elternteil aufwachsen. Denn eine verantwortungsvolle Kindererziehung ist für Alleinerziehende in Deutschland derzeit nur schwer mit einer Vollbeschäftigung vereinbar. Eine weitere Risikogruppe sind junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ihr Armutsrisiko ist mehr als doppelt so hoch wie das von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Hier sind die Gründe vielfältig. Ihre Wurzeln liegen jedoch in den

meisten Fällen in der strukturellen Diskriminierung von Migrant/innen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft bzw. ihrer religiösen oder kulturellen Hintergründe.

Materielle Armut und Bildungsarmut gehen dabei Hand in Hand und potenzieren sich gegenseitig. So ist der schulische Erfolg in Deutschland stark von der sozialen Situation der Herkunftsfamilie abhängig. Fehlende elterliche Unterstützung, finanzielle Engpässe und Sprachdefizite beschneiden die Bildungschancen enorm. Durch frühe Auslese im Schulsystem und fehlende rechtzeitige und ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen mit schlechteren Startchancen wird diese Schieflage immer prekärer. Nach der Schule haben Jugendliche mit schlechtem oder gar keinem Abschluss wenig Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Oft entsteht so ein generationsübergreifender Teufelskreis.

Generell sind junge Menschen beim Übergang ins Berufsleben verstärkt von Armutsrisiken betroffen. Die erfolglose Suche nach einem adäquaten Ausbildungsplatz, atypische Beschäftigungsverhältnisse wie unbezahlte Praktika, zeitlich eng befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit führen zu einer unsicheren Lebenssituation junger Menschen, die am Beginn ihres Berufslebens stehen. Jugendliche sind in besonders hohem Maße von prekärer Beschäftigung betroffen, durch die kein Einkommen über der Armutschwelle erzielt wird.

Materielle Armut hat gravierende Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche: Chancen und Aussichten im Bildungssystem, Freizeitgestaltung und soziale Netzwerke, Wohnsituation, Mobilität, Ernährung und Gesundheit. Insgesamt sind die Teilhabe- und Verwirklichungschancen junger Menschen durch Armut stark bedroht. Auch in den Jugendverbänden wird Kinder- und Jugendarmut zunehmend sichtbar, wenn z.B. Kinder und Jugendliche an gemeinsamen Aktivitäten, Ausflügen und Ferienfreizeiten nicht mehr teilnehmen können, da die finanziellen Mittel hierfür fehlen.

Die Möglichkeiten einer gleichberechtigten Teilhabe und Teilnahme ist so stark eingeschränkt. Das heißt, junge Menschen werden durch Armut nicht zuletzt in ihrem freiwilligen Engagement, ihrer Selbstständigkeit und ihrer persönlichen Entwicklung benachteiligt.



► **Eine solide und bedingungslose materielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen**

Wir fordern eigenständige, angemessene und armutsfeste Bedarfssätze für Kinder und Jugendliche im SGB II und SGB XII sowie die Abschaffung von Sanktionen, die das Existenzminimum junger Menschen angreifen, und die Bereitstellung von genügend bezahlbarem Wohnraum, der für Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene geeignet ist. Für Kinder und Jugendliche ohne legalen Aufenthaltsstatus fordern wir einen uneingeschränkten Zugang zur medizinischen Grundversorgung.

► **Ein integratives und gerechtes Bildungssystem**

Das Bildungssystem muss allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder kulturellen Herkunft gleiche Chancen sowie eine individuelle Förderung gewähren. Insbesondere dürfen keine finanziellen Hürden entstehen, die den Zugang zu Bildung behindern. Dazu gehört eine konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit ebenso wie ein gebührenfreies Studium.

► **Umfassende arbeitsmarktpolitische Reformen zur präventiven Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut**

Dazu gehören ein weitreichender Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten existenzsichernder Beschäftigung, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oberhalb des ALG II-Regelbedarfs, familienfreundliche Arbeitsplätze und der Ausbau der Kindertagesbetreuung. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen dabei auf die individuellen Bedürfnisse von Müttern und Vätern abgestimmt sein, die Transferleistungen beziehen.

FORDERUNGEN

► **Ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Prävention von Armutsrisiken und -auswirkungen im jungen Erwachsenenalter**

Sozial benachteiligte Jugendliche müssen sowohl in der Schule als auch beim Übergang ins Berufsleben besonders gefördert werden. Wir fordern daher einen Ausbau der Schulsozialarbeit durch flächendeckende personelle Aufstockung (ohne gleichzeitigen Stellenabbau in der offenen Jugendarbeit!), eine Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit zur beruflichen Orientierung und gesellschaftlichen Integration benachteiligter junger Menschen, eine Intensivierung des Fallmanagements auch bei jungen Erwachsenen, den Aufbau einer flächendeckenden Schuldnerberatung mit präventiven Angeboten auch für Kinder und Jugendliche sowie die Einführung von niedrigschwelligen und sozialräumlich orientierten Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention.

► **Strukturen zur Förderung einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben**

Die soziale Teilhabe von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen muss besonders gefördert werden. Wir fordern daher einen niedrigschwelligen Zugang zu sozialen, kulturellen, sportlichen und musischen Angeboten sowie flächendeckend kommunale Zuschüsse für die Teilnahme an Ferienfreizeiten und ähnlichen Angeboten durch die Einrichtung von entsprechenden Sozialfonds.